

Wer soll die Pflege in Zukunft bezahlen?

Der Landtag erteilte der Regierung den Auftrag, zwei Modelle zur Finanzierung von **Pflege und Betreuung** im Detail zu prüfen.

Dorothea Alber

Die Zahl der über 80-jährigen soll sich in den kommenden zehn Jahren verdoppeln und bis 2050 verdreifachen. Immer länger – zu einem grossen Teil gesund – zu leben, ist eine gute Nachricht, doch steigt das Risiko, ab einem bestimmten Alter pflegebedürftig zu sein. Eine Studie der Stiftung Zukunft.li verdeutlichte vor drei Jahren, welche finanziellen Lächer sich durch das heutige System abzeichnen, das die Finanzierung der Pflege stark bei der öffentlichen Hand und bei den Krankenkassen festmacht. Sind es heute noch 58 Millionen an Kosten, so kommen aufgrund des demografischen Wandels und der steigenden Personalkosten im Jahr 2050 Pflege- und Betreuungskosten von 211 Millionen Franken auf Liechtenstein zu.

Drei Jahre dauerte die Postulatsbeantwortung

Mehr als die Hälfte müsste nach dem geltenden Finanzierungssystem die öffentliche Hand tragen, doch würden wir den zukünftigen Generationen eine hohe Last auf: Mit dem heutigen System würden die Kosten für die jüngere Generation, die in die Sozialversicherungen einzahlt, stark steigen. Aufgrund eines parteiübergreifenden Postulats, das vor drei Jahren überwiesen wurde, hat die Regierung die Finanzierung der Pflege unter die Lupe genommen und endlich vier Modelle präsentiert, über die der Landtag gestern knapp zwei Stunden lang diskutierte (siehe Infobox).

Auf Antrag der Freien Liste, dem zugestimmt wurde, muss die Regierung bis zum Herbst 2021 mindestens zwei der Finanzierungsmodelle mit all ihren rechtlichen Konsequenzen detaillierter skizzieren und dem Landtag präsentieren. Die Debatte im Landtag gestern gibt die Richtung vor. «Ich bin froh über die Voten der Abgeordneten, die sich dafür aus-



Immer mehr Menschen müssen gepflegt werden. Gleichzeitig sinkt die Zahl derer, die dafür bezahlen. Die Abgeordneten diskutierten gestern knapp zwei Stunden über vier Finanzierungsmodelle.

Bild: Daniel Schwendener

sprachen, das heutige Modell beizubehalten und zu ergänzen», sagte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. Etliche Abgeordnete favorisierten das Finanzierungsmodell, wonach das heutige System und die zweite Säule optimiert werden soll.

Das Für und Wider des Zwangssparens

«Für mich kommt dieses Modell nicht in Frage, weil mit der Mehrbelastung der Erwerbstätigen die Umverteilung von Jung zu Alt weiter bestünde», sagte hingegen Viola Lanter von der VU. Das Modell von Zukunft.li habe den Vorteil, dass das Problem der Generationengerechtigkeit wegfällt, da jede Person individuell für den Pflegefall anspart.

Für Lanter sei der Vorschlag, der für einen sorgsameren und effizienteren Umgang mit dem Kapital stehe, gut. Einen Nachteil sieht die Regierung im hohen Kapitalbedarf des Systems und in der Kompatibilität

mit anderen europäischen Pflegeleistungen, die mehrheitlich durch Steuern oder im Umlageverfahren finanziert werden. «Die Umstellung auf dieses System benötigt zudem eine lange Anlaufzeit», gab Lanter zu bedenken. «Persönlich denke ich, dass Frau und Herr Liechtensteiner sich lieber gegen ein Risiko versichern, als

dass sie sich zu einem Zwangssparen neben dem privaten Sparen in der sogenannten dritten Säule verpflichten lassen.» Lanter sieht einen Ansatz darin, die dritte Säule steuerlich attraktiv zu gestalten. Mario Wohlwend von der VU bevorzugt den Vorschlag der Stiftung Zukunft.li – auch gegenüber dem Modell Num-

mer vier, der Betreuungs- und Pflegeversicherung. Diese wäre für alle Einwohner ab 20 Jahren bis zum Rentenalter obligatorisch.

Würde das Volk eine Versicherung gutheissen?

Das Prämienziel für die Versicherten läge bei 50 000 Franken. Unterstützt würde, wer

dieses Ziel aus eigener Kraft nicht erreichen kann. Das nicht gebrauchte Kapital wird nicht vererbt, sondern soll der Solidarität zwischen Personen mit tiefem und hohem Pflegebedarf dienen.

Wie beim Modell der Stiftung Zukunft.li müsste der Staat die Eintrittsgeneration teilweise in das System einkaufen, abgestuft nach Altersklassen. Für diese Generation wäre das Prämienziel sonst nur schwer oder gar nicht zu erreichen. Die Regierung spricht dabei von einmaligen Kosten von 370 Millionen Franken. «Den grossen Vorteil einer eigenen Versicherungslösung sehe ich darin, dass die Generationengerechtigkeit gewährleistet und die Mischfinanzierung entflochten wird», sagte Lanter. Die Alterspflege wäre nachhaltig gesichert.

Die grosse Ungewissheit ist aber die allfällige EWR-rechtliche Pflicht zum Export dieser Sozialleistung, die es laut Pedrazzini unbedingt zu verhindern gilt. «Ein ganz wesentlicher Punkt ist meines Erachtens die EWR-Kompatibilität, das wird zu einer echten Herausforderung», betonte auch der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann. «Ich glaube auch, dass der Vorschlag der Stiftung Zukunft.li hier gute Karten im Vergleich zu einer reinen Versicherung hat», sagte er.

So sieht die Finanzierung von Pflege und Betreuung heute aus

Über die Jahre ist ein Flickwerk in der Finanzierung entstanden. Die Kosten für **Betreuung und Pflege** werden heute teilweise durch ein Umlagesystem finanziert, das heisst Steuern und Sozialversicherungen werden für die heute anfallenden Kosten verwendet, also umgelegt. Einen geringen Teil steuern die gepflegten Senioren selbst aus dem Ersparten oder aus den

laufenden Einnahmen der AHV und einer Rente der Pensionskasse bei. Dabei wird zwischen Pflege und Betreuung unterschieden: Pflegeleistungen haben einen medizinischen Charakter und sind OKP-Leistungen. Im Gegensatz zur Betreuung, die vor allem die Hilfestellung bei der allgemeinen Haushalts- und Lebensführung beinhaltet.

Landtag diskutierte über vier Finanzierungsmodelle

Das erste Modell sieht vor, das heutige System beizubehalten und anhand einer sogenannten Pflegekostenverbilligung zu verbessern, die im Wesentlichen aber aus Steuermitteln finanziert würde. Das zweite Modell, das die Stiftung Zukunft.li vorgeschlagen hat, basiert auf einem Pflegekapital und einem monatlichen Sparbeitrag. Beim dritten Modell

werden bei der Pensionskasse zusätzliche Lohnprozente erhoben – mit dem Ziel, einen gewissen Teil des Geldes separat für Pflegekosten zu anzusparen. Eine Betreuungs- und Pflegeversicherung (BPV) ist das vierte Modell, das die Regierung zwar in der Postulatsbeantwortung aufweist, aber das für Mauro Pedrazzini selbst keine favorisierte Lösung ist.